Die Zwangswirtschaft war nur eine Erfassungs-, aber keine Produktionspolitik: die Preise wurden vielfach nach dem Geschrei der Straße festgesetzt. So mußte der Bauer höhere Preise für die Hamsterwaren nehmen. Wer gerecht denkt, kann das nicht bestreiten. Deshalb geschah dem Bauern viel Unrecht, wenn er immer nur als Wucherer der Arbeiterbevölkerung angeführt wurde. Machen wir Schluß mit diesem System der Ständevergiftung. Schaffen wir wieder jeder ehrlichen Arbeit freie Bahn und Entwicklungsmöglichkeiten!

Unser Geld ist entwertet. Wir können damit im Ausland keine Lebensmittel mehr kaufen. Intensivste Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inland ist notwendig. Stören wir nicht weiter die familienhafte Arbeitsverfassung auf dem Lande. Sie ist die Grundlage für höchste Produktionsmengen. Krakeelen wir nicht darüber, wenn die Landwirtschaft staatlicherseits Förderung erfährt. Das ist nicht nur eine landwirtschaftliche Frage, sondern eine Frage der deutschen Volksernährung. Nehmen wir dem Bauern nicht seine Arbeitsfreude! Dann wird er sein bares Geld hineinstecken in den dezimierten Viehstand, in den düngerhungrigen Boden, in den auf vielen Gebieten zurückgebliebenen Betrieb. Dann werden sich neue Arbeitsgelegenheiten und -möglichkeiten auf dem Lande eröffnen und die gesunkene Geschäftsmoral wird wieder ehrlichem Wollen und Handeln Platz machen.

Allerdings muß auch gleichzeitig Raum für eine gesunde Preispolitik geschaffen werden. Was mancher heutzutage als Wucherpreise bezeichnet, ist eben gar kein Wuchern mehr, sondern es hat dieser Preis seine Ursache und Berechtigung im gesunkenen Geldwert und der enormen Höhe der Produktionskosten! Das sind Wahrheiten!

Höre man daher in Arbeiterkreisen mit der oft unsinnigen Hetzarbeit gegen den Bauernstand auf. Der letztere aber muß auch Rücksicht nehmen auf die Lebensmöglichkeiten der breiten Volksmassen. Mit dem Geschrei der sozialistischen Parteien wird kein Brot geschaffen. Wer darum in Stadt und Land arbeitet, der bilde eine Einheitsfront, und Deutschlands Volk und Arbeiterschaft wird zu leben haben. Größter Wert ist auf den Ausbau der genossenschaftlichen Belieferung zu legen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen muß mehr und mehr zum Erfasser der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie zum Lieferanten der städtischen Bevölkerung ausgebaut werden. Diesem Gedanken gab der Zentrumsredner, der Abgeordnete Schlack, jüngst im Reichstage Ausdruck. Nicht in der gegenseitigen Bekämpfung und Beschimpfung, sondern im Zusammenarbeiten zwischen Arbeiterschaft und Bauernstand liegt ein Stück Lösung der deutschen Ernährungsfrage.

Aufdeckung eines Waffenlagers

Berlin, 9. Dezember. Der Vorwärts bringt in seiner heutigen Abendausgabe eine Meldung aus Düsseldorf, nach der die dortige Besatzungsbehörde ein größeres Waffenlager aufgedeckt habe. Es sollen zwei schwere und sechs leichte Maschinengewehre, 147 Gewehre und 30 000 Stück Infanteriegewehrmunition gefunden worden sein. Die Meldung trifft, soweit bisher festgestellt werden konnte, im allgemeinen zu. Die Waffen wurden in einer Kaserne gefunden, die gegenwärtig mit französischen Truppen belegt ist. Die Gewehre usw. waren unter dem Fußboden verborgen. Eine Untersuchung ergab, daß die Waffen bei den letzten großen Unruhen dort von der Roten Armee untergebracht worden sind. Die Franzosen haben die Waffen beschlagnahmt.

Abschluß der neuen Ortsklasseneinteilung

Berlin, 9. Dezember. In der Reichskanzlei fanden heute Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Reichstagsparteien statt. Die Vertreter der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei wurden gemeinsam empfangen, die der Deutschnationalen und der Unabhängigen gesondert. Die Besprechungen galten ausschließlich Beamtenfragen, vorwiegend der neuen Ortsklasseneinteilung. — Die im Reichsfinanzministerium gepflogenen Verhandlungen mit der Beamtenschaft über das endgültige Ortsklassenverzeichnis, die nahezu drei Wochen gedauert haben, sind nunmehr zum Abschluß gekommen und haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Den Wünschen der Beamten ist in weitestgehendem Maße entgegengekommen. Die Vorlage bringt gegenüber den bisherigen Entwürfen sehr zahlreiche und ins Gewicht fallende Höherstufungen. So ist die Mehrzahl der deutschen Großstädte, z. B. Königsberg, Stettin, Halle, Breslau, Kiel, Magdeburg, Hannover, Nürnberg und Karlsruhe in eine höhere Ortsklasse gekommen. Auch von den mittleren und kleineren Städten ist ein großer Teil gehoben worden. Gegenwärtig liegt der Gesetzentwurf dem Reichstage zur Beschlußfassung vor und soll mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 an gelten. Infolgedessen sind die Nachzahlungen, die sich aus Höherstufung von Orten ergeben, sehr beträchtlich. Es handelt sich jetzt nur noch darum, daß, nachdem der Reichsrat das Gesetz angenommen hat, der Reichstag unter Verzicht auf Abänderung das Gesetz sobald als möglich verabschiedet. Die Auszahlungen könnten alsdann sogleich erfolgen.

Die Not der Zeitungen

Berlin, 8. Dez. Der Presseverein der Deutschen Volkspartei hat auf seiner Stuttgarter Tagung folgende Entschließung gefaßt:

„Der Presseverein der Deutschen Volkpartei ersucht die verantwortlichen Vertreter in den Parlamenten, vornehmlich im Reichstage, dahin zu wirken, der stets steigenden Not der Zeitungen zu steuern und zu diesem Zwecke u. a. in Aussicht zu nehmen, daß erstens die Einreihung des Zeitungsdruckpapieres in die seiner Zusammensetzung und Verwendung entsprechende Tarifklasse B erfolgt, daß zweitens keinerlei Sonderbelastung der Zeitungen durch das neue Anwachsen der Postgebühren für Bezug und Verpackung erfolgt und daß drittens eine Aenderung des Gesetzes über die Umsatzsteuer und eine Gleichstellung der Anzeigensteuer mit der Umsatzsteuer herbeigeführt wird. Geschieht keine Abhilfe in der hier angedeuteten Richtung, dann ist das Schicksal einer großen Anzahl von Zeitungen besiegelt und damit ein wesentlicher Faktor für den Wiederaufbau unseres Landes und Volkes ausgeschaltet, der nicht zum mindesten durch die von Sondereinflüssen freie Presse bewirkt wird."

Ende eines Spionageprozesses

Leipzig, 9. Dezember. Ein sehr umfangreicher Spionageprozeß, der den 4. Strafsenat des Reichsgerichtes vier Tage lang beschäftigte, wurde heute zu Ende geführt. Es handelt sich um Entwendung von 62 Zeichnungen und fünf Büchern, die Zeichnungen von Schiffen, Torpedoapparaten und Geschützverschlüssen betreffen, aus dem Archiv der Reichswehr in Kiel und deren Verwertung bei fremden Regierungen, insbesondere der amerikanischen Regierung. Die Zeichnungen und Schriften war zwar die deutsche Regierung nach dem Friedensvertrage abzuliefern verpflichtet, aber die Ablieferung war noch nicht erfolgt. Von einem Teile der Angeklagten ist versucht worden, 5 bis 10 Millionen Mark aus diesen Schriftstücken herauszuschlagen. Der Gerichtshof nahm an, daß diese Schriftstücke im Sinne des Spionagegesetzes geheim zu halten waren. Den verurteilten Angeklagten sind in weitem Maße mildernde Umstände zugebilligt worden, weil nach der Revolution von 1918 und nach dem Kapp-Putsche eine erhebliche Verwirrung der Begriffe, namentlich in Kiel gegeben war und die Angeklagten das entwendete Material gewissermaßen als Schieberware angesehen haben. Von den elf Angeklagten wurden zwei freigesprochen. Die übrigen wurden wegen Spionageverbrechens, Beihilfe dazu, sowie wegen Diebstahls und Hehlerei zu Gefängnisstrafen von 2 bis 27 Monaten verurteilt.

Besichtigung von Niederschönenfeld abgelehnt

Berlin, 9. Dez. Der Reichstagsausschuß für Untersuchung der Zustände in Strafanstalten hatte heute eine Besprechung über die geplante Besichtigung der Festungsanstalt Niederschönenfeld in Bayern. Der bayrische Gesandte v. Preger wies darauf hin, daß der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld im Haushaltausschuß des Bayrischen Landtages klar die Ansicht vertreten habe, daß eine Kontrolle der bayrischen Staatsanstalten durch den Reichstagsausschuß rechtlich durchaus unzulässig sei. Ein Recht zur Reichsaufsicht besitze nur die Reichsregierung, nicht aber der Reichstag. Nach der Reichsverfassung könne jedoch die Reichsregierung die Aufsicht nur in den Angelegenheiten ausüben, in denen dem Reich das Recht der Gesetzgebung zustehe, insbesondere habe sie nicht das Recht, Kommissare zu den Landesregierungen zu senden und die Beseitigung von hervorgetretenen Mängeln zu verlangen. Die bayrische Regierung müsse es daher zu ihrem Bedauern ablehnen, einen von diesem Untersuchungsausschuß beschlossenen Augenschein in der Festung Niederschönenfeld zuzulassen. Zum Schluß bat der Gesandte, seinen Beschluß zu revidieren. Nach Auslassungen über die Rechtsfrage erklärte der Vertreter des Reichsjustizministeriums Geh. Rat Zweigert, daß ein Anlaß, auf der Durchführung dieses Beschlusses zu bestehen, für den Ausschuß um so weniger vorliege, als die Verhältnisse in Niederschönenfeld zurzeit den Gegenstand von Verhandlungen des Reichsjustizministeriums mit Bayern bildeten. Zum Schluß wurde ein Antrag Werk, wonach der Ausschuß beschließt, von dem Vollzug des Ausschußbeschlusses vom 22. November mit Rücksicht auf die streitige Rechtsfrage Abstand zu nehmen, mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten angenommen.

Der Streik der Berliner Eisenbahner

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volksztg.")

Berlin, 10. Dezember. Die gestrigen Verhandlungen im Streik der Hochbahnangestellten sind ergebnislos verlaufen. Die Tarifschlichtungsinstanz tritt heute vormittag zu Einigungsverhandlungen zusammen. Der Streik geht vorläufig weiter.

Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter

Leipzig, 8. Dez. Auf dem zurzeit hier tagenden ersten Reichskongreß der Betriebsräte der Metallindustrie gelangte heute nachmittag folgende Entschließung einstimmig und unter Beifall zur Annahme:

Der erste Reichsbetriebsrätekongreß für Metallindustrie stimmt den Beschlüssen der internationalen Metallarbeiterkongresse von Kopenhagen und Luzern sowie den damit übereinstimmenden Kundgebungen der Amsterdamer internationalen Konferenzen der Metallarbeiter-, Transportarbeiter- und Bergarbeiterverbände zu. Pflicht der deutschen wie der internationalen Arbeiterklasse ist es, alle Kräfte einzusetzen, um Kriege in Zukunft unmöglich zu machen. Die deutschen Metallarbeiter werden mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Umstellung früherer Kriegsindustrien zur Erzeugung nützlicher und gesellschaftlich notwendiger Gegenstände restlos erfolgt. Der Kongreß fühlt sich einig mit den Betriebsräten der Deutschen Werke wie anderer Betriebe, die aufs schärfste darüber wachen, daß diejenigen Friedensbedingungen strikte befolgt werden, die verlangen, keinerlei Gegenstände zu erzeugen, die für Kriegsbedarf in Frage kommen. Der Kongreß muß jedoch aufs entschiedenste Verwahrung einlegen gegen Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission, die nicht die Verhinderung einer Anfertigung weiteren Kriegsmaterials erzielen, sondern folgenschwere, unberechtigte Eingriffe in die Friedenserzeugung der deutschen Wirtschaft darstellen und gleichzeitig in ihren Wirkungen die deutschen Arbeiter ernstlich schädigen. Dies betrifft insbesondere a) das Verbot des Baues schnellaufender Dieselmotoren, die der Friedensindustrie dienen sollen, b) die Forderung weiterer Zerstörung von Maschinen, Einrichtungen, Gebäuden der Deutschen Werke, die für die Erzeugung von Friedenswaren in Betracht kommen. Das Interesse der Arbeiter erfordert dringend, daß diese unberechtigten Verbote und Forderungen aufgehoben werden.

Abschluß eines Vierervertrages

Washington, 10. Dezember. Der Abschluß eines Vierervertrages gilt als ziemlich sicher. Das Abkommen enthält folgende 4 Kardinalpunkte:

1. Das Abkommen stellt die territoriale Unantastbarkeit der Länder im Stillen Ozean fest und schreibt vor, daß Jedermann sich verpflichten müsse, das Gebiet einer anderen Macht nicht anzugreifen.

2. Sollten die Lebensinteressen irgend einer Macht des pazifischen Ozeans bedroht sein, so ist genannte Macht moralisch verpflichtet, sich mit den anderen Mächten zu beraten, bevor sie zu irgend einer Maßnahme schreiten würde.

3. Im Falle eines mangelnden Einverständnisses zwischen zwei streitenden Parteien sind die beiden anderen Mächte verpflichtet, ihre Pflicht als Schiedsrichter und Schutzorgane auszuüben.

4. Das englisch-japanische Bündnis ist in dem Augenblick zu Ende, an dem die Ratifikation des Viererabkommens ausgetauscht ist.

Blutige Kämpfe in der Ukraine

Kopenhagen, 9. Dez. Der „Berlingske Tidende" wird aus Helsingfors telegraphiert: Die blutigen Kämpfe in der Ukraine westlich des Dnjestr dauern an. Nach Meldungen über Lemberg wird von den Aufrührern mit schwerer Artillerie geschossen. Trotzki nimmt weitere Truppenzusammenziehungen gegen die Ukraine vor. Der Oberkommandierende der Sowjettruppen in der Ukraine, General Frunze, hat Befehl erhalten, den Aufruhr in der Ukraine mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Ein Weihnachtsgeschenk
das jedem Gebildeten
das ganze Jahr Freude macht
ist ein Abonnement
auf die Monatsschrift
Hochland
Halbjährlich 40 Mark, ganzjährlich 80 Mark.
Legen Sie die ersten drei Nummern des XIX. Jahrgangs auf den Weihnachtstisch. Die weiteren Nummern erhält der Beschenkte dann monatlich direkt zugesandt. 8605
Sie können bei jeder Buchhandlung bestellen.
Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet K.-G.
Verlagsabteilung Kempten

Gemeindewahlen in Schirgiswalde

Schirgiswalde, 11. Dezember

Gemeindewahlen! Fast keine Wahl ist so heikel wie gerade diese! Denn hier obwalten oft die kleinlichsten Bedenken und neidvolle Rücksichten. Mit der Liste ist niemand so ganz zufrieden und wird es nicht werden, bis nicht alle Stadtbewohner im Stadtrat glücklich sitzen. Allen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Zwei Listen sind wählbar! Die Einheitsliste: Josef Trepte und die Liste der freien Gewerkschaften (lies Sozialisten).

Welche von beiden sollen wir wählen? Da jede Einseitigkeit stets nachteilig ist, so scheidet gerade deswegen die zweite sozialistische Liste für die Allgemeinheit aus. Gewiß soll der Arbeiter zu seinem guten Recht kommen, aber er ist nicht allein da und muß daher auch die anderen Stände berücksichtigen. Diese Berücksichtigung aller Stände ist auf der Liste Berger schon rein äußerlich nicht zu ersehen, geschweige später im Stadtgemeinderat zu erwarten. Aber auch davon abgesehen, weist diese Liste zum Teil Männer auf, die zu allem anderen passen — und wenn es zum „Tanzmusike machen" — ist als zu Gemeindevertretern.

Es kommt doch nicht darauf an, daß man radikale Ansichten vertritt, sondern ob man Gedanken und Ideen vorbringt, die allen nutzen und frommen. Krach schlagen und kritisieren kann jeder, aber aufbauen heißt es, zielbewußt das Gesamtwohl unserer Stadt fördern.

Auf der Einheitsliste Trepte hingegen sehen wir alle Stände gerecht vertreten! Der Arbeiter, der Landwirt, der Gewerbetreibende, der Beamte, der freie Beruf, der Kaufmann! Alles ist vertreten! Man kann ruhig zugeben, daß für diesen oder jenen Kandidaten ein anderer vielleicht noch hätte aufgestellt werden können oder wenigstens an anderer Stelle! Aber diese verspäteten Ratschläge sollten früher erteilt worden sein. Hierzu war reichlich Gelegenheit geboten. Die Liste Trepte ist in zwei öffentlichen Versammlungen endgültig nach reiflichster Ueberlegung zusammengestellt worden. Wer seit August dabei nicht mitgearbeitet hat, macht sich keinen Begriff, wieviel Mühe eine Einheitsliste verursacht, die allen gerecht werden will. Wir bedauern es lebhaft, daß einzelne Interessengruppen dort ihre Stimme nicht haben laut werden lassen; dann wären sie nicht zu kurz gekommen, wie sie fälschlich meinen. Jeder gilt und erreicht soviel als er sich Geltung verschafft. Wenn man aber zu diesen ausschlaggebenden Besprechungen nicht erscheint und auch sonst im öffentlichen Gemeindeleben sich nicht betätigt, hat man keinen Anspruch bei der Listenaufstellung besonders wohlwollend und an möglichst aussichtsreichster Stelle berücksichtigt zu werden! Frage sich nur mancher Stand: wieviel Mitglieder zählen wir, wieviele Sitze können wir daher eventuell erlangen? Diese Erwägung war es, die auch bei der Verteilung der Kandidaten und ihrer Stellen zum großen Teile ausschlaggebend war. Aber auch wahltaktische Gründe fallen schwer ins Gewicht. Würden kleine Interessentengruppen z. B. möglichst die Stellen 1—6 erhalten, dann erwächst die große Gefahr, daß sie ihres Sieges gewiß überhaupt nicht oder nur unvollzählig wählen gehen, am Wahlsonntag hinter dem warmen Ofen sitzen bleiben und der größten Standesgruppe, den christlich-organisierten Arbeitern, die schwere Wahlarbeit allein überlassen, die sicher am 11. Dezember ihren letzten Mann an die Urne schleppen werden, um möglichst auch ihre Kandidaten am 11. und 12. Stelle durchzubringen.

Die ausgleichende Gerechtigkeit — denn die Zeit der Sonderprivilegien ist vorüber — und die stets opferwillige Treue unserer christlich-organisierten Arbeiter erforderten es jedoch, daß diese treuen Arbeiter so zur Geltung gelangen, wie sie es durchaus verdienen. Und man muß zugeben, daß sie bei der Aufstellung ihrer Kandidaten insofern eine glückliche Wahl getroffen haben, als sie Männer vorschlugen, die auch für die anderen Stände warmes Verständnis haben. Töricht und an unserer Sache geradezu verräterisch handelt jedoch der, der am 11. 12. von 11 bis 6 Uhr nicht diese Einheitsliste wählen geht. Auch wer nicht wählt, fördert dadurch indirekt die Gegenliste. Und merkwürdig! Ueberall bauen die Sozialisten ab und bei uns wollen sie erst anfangen! Sollen wir in dieser Hinsicht auch noch nachhumpeln?! Dies gehörte dann mit vollem Recht in das Kapitel: Rückständigkeit in Schirgiswalde. — Nein, wir nehmen den Kampf auf! Jetzt erst recht! Froh sind wir daß die heuchlerischen Masken endlich gefallen sind und wir unsere Gegner genau kennen. Es ist aber auch für unsere Arbeiter von Bedeutung, hier klar zu sehen, was in Wirklichkeit die freien Gewerkschaften sind. Nichts anderes als Sozialisten! Daher sollten es sich auch die noch heute hier freigewerkschaftlich Organisierten, aber christlich Denkenden wohl überlegen, ob sie noch fernerhin Mitglieder dieser Organisation sein können. Nein, für solche ist einzig und allein der Platz bei den christlichen Gewerkschaften. Daher wählen auch die freigewerkschaftlich Organisierten, die diesen Widerspruch in sich fühlen und erkannt haben, die Liste Trepte, die Liste des gerechten Ausgleiches.

* * *

Schirgiswalde. Die Ortsgruppe der Sächsischen Zentrumspartei hatte für den 8. November die Wähler für die Stadtverordnetenwahl und besonders ihre Anhänger zu einer öffentlichen Versammlung im Saale des Erbgerichts eingeladen. Für den wegen dringender Beratungen in Berlin zurückgehaltenen Herrn Reichstagsabg. Allekotte sprang in letzter Stunde unser immer hilfsbereiter Abgeordneter Herr Hellein, in die Bresche. Der Verlauf der Versammlung zeigte, wie gut es war, einen Redner zu haben, der sich in den sächsischen Verhältnissen voll auskannte. Galt es doch, klare Luft zu schaffen für die Wahl am Sonntag. Allen einleuchtend waren die Ausführungen, daß in keiner Gemeinde mehr nur vom Standpunkt des Ortes aus Politik gemacht werden könne, daß sie sich nicht loslösen lasse von der Landes- und Reichspolitik, ja, daß sie auch von außenpolitischen Momenten beeinflußt sei. Es bedurfte nur des Hinweises auf den Friedensvertrag mit seinen drückenden Bedingungen und auf die Verreichlichung des Finanzwesens. Und dann wurde die Liste der „freien Gewerkschaften" unter die Lupe genommen. „In das schwarze Nest müssen auch wir Rote hinein", das war der treibende Gedanke bei der Aufstellung dieser Liste, aber der Mut hatte gefehlt, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Man wollte unter der Flagge der „freien Gewerkschaften" ins schwarze Städtchen segeln. Die Richtigstellung der Firma wurde gründlich besorgt. Wenn man im Auge behält, welche Bewegungsfreiheit in der Regelung der Schulfrage nach dem Reichsschulgesetz auch die kleinsten Gemeinden haben werden, dann erkennt man die Wichtigkeit, unsere Stadtvertretung von sozialdemokratischen Vertretern möglichst rein zu halten. Ueberall wirtschafte die Sozialdemokratie ab. Auch in unserem Landtage hat sie, die jede vernünftige Meinung knebelt, keine Mehrheit der Wähler mehr hinter sich. Beweis: Ergebnis der verschiedenen Gemeinderatswahlen. Erklärlich wird dadurch das krampfhafte Bemühen,

Fußbälle, Faustbälle, Schlagbälle, Fußballschuhe, Jacken, Hosen, Stutzen, Pumpen, Ahler usw.
stets in reicher Auswahl am Lager bei 8612
T. Albert, Bautzen, Reparatur-Werkstatt, Lauengraben 10. Fernruf 1978

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife